



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Grexit: eine Scheindiskussion zum Schaden Griechenlands und der EU

Die erneuten vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland kommen zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Und das nur, weil die griechische Verfassung die Wahl eines Staatspräsidenten mit $\frac{3}{5}$ Mehrheit vorsieht. Ende Dezember letzten Jahres ist diese Wahl wieder einmal gescheitert und so musste das Parlament aufgelöst werden. De facto bedeutet es, dass es nur wenigen Regierungen in Griechenland vergönnt ist, die volle Legislaturperiode zu regieren. Das ist vor allem ein Problem, wenn sie substantielle Reformen umsetzen möchte, die aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen dann unterbleiben. Grund also, um in Griechenland über eine Verfassungsänderung nachzudenken.

Aber nun wird am 25. Januar gewählt. Die überflüssigen Wahlen haben die Diskussionen um einen „Grexit“ und um einen weiteren Schuldenschnitt befeuert und zu einer tiefen Verunsicherung in Griechenland, aber auch im europäischen Ausland geführt. Das Kernproblem des Landes ist jedoch ein ganz anderes: Nach sechs Jahren Rezession könnte der zarte Aufschwung in Griechenland durch die erneute Verunsicherung der Märkte wieder erstickt werden. Ein noch viel größeres Problem ist, dass Griechenland von seinen vorhandenen hochproduktiven Ressourcen kaum Gebrauch macht.

Was in der leichtfertig geführten Debatte auch übersehen wird: Ein Grexit wäre ein dramatischer Rückschritt in alte Zeiten, er würde in Griechenland voraussichtlich zu hohen Inflationsraten führen, weil dann wieder die Gelddruckmaschine zur Finanzierung griechischer Staatsausgaben angeworfen würde. Das hätte die verstärkte Abwanderung innovativer Unternehmer und gut ausgebildeter Arbeitskräfte sowie den vollständigen Abzug investiven Kapitals zur Folge. Ein Grexit würde die Modernisierung des Landes schwächen und die Rückkehr in die Zeiten des ausschließlich klientelistisch orientierten Politikbetriebs bedeuten.

Für die Gläubiger Griechenlands hätte ein Austritt zur Folge, dass ein größerer Teil der griechischen Staatsschulden abgeschrieben werden muss als bei einem

Verbleib Griechenlands in der Euro-Zone. Daher wäre am Ende mit einem Euro-Austritt Griechenlands niemandem geholfen.

Festzuhalten ist: Der Reformprozess unter der Führung der Troika ist gescheitert. In fünf Jahren ist es in erster Linie gelungen, Lohnkosten und Sozialausgaben zu senken. Die wichtigsten Strukturreformen sind aber liegen geblieben, während viele Nachbarländer genau diese Reformen auch ohne finanzielle EU-Hilfen in den vergangenen Jahren in kürzester Zeit umgesetzt haben, zuletzt Serbien. Griechenland ist dagegen ähnlich überreguliert wie vor fünf Jahren. Nach wie vor fehlen die Voraussetzungen dafür, dass sich die modernen und innovativen Wirtschaftskräfte in Griechenland voll entfalten können.

In Griechenland ist somit mit keinem nachhaltigen Wachstum zu rechnen, wenn die notwendigen Strukturreformen, etwa zur substantiellen Verbesserung des dortigen Geschäftsklimas, nicht umgesetzt und gleichzeitig erhebliche Investitionen in das griechische Innovationssystem getätigt werden. Polen ist das jüngste Beispiel innerhalb der EU, in dem gezeigt wurde, wie beides – Reformen und Innovationen unterstützende Investitionen – unter effektiver Nutzung von EU-Mitteln realisiert werden kann.

Daher ist der derzeit diskutierte und zweifelsohne erforderliche Schuldenschnitt für Griechenland nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine wirtschaftliche Gesundung. Erfolgt der Schuldenschnitt ohne Reformen und Investitionen, ist das Anhäufen neuer griechischer Staatsschulden vorprogrammiert.

Insofern ist es an den Gläubigern Griechenlands, aus dem verfehlten Reformprozess der vergangenen Jahre zu lernen und einen möglichen Schuldenerlass glaubwürdiger und umsetzungsorientierter an eine legislative und verwaltungstechnische Realisierung von Reformen zu binden, sodass diese Reformen tatsächlich positive Wirkung auf das wirtschaftliche Leben in Griechenland entfalten können.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Marie Kristin Marten
Dr. Anika Rasner
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Mechthild Schrooten

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.